

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 156 (1990)

Heft: 3

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Österreich

Die Reform der Landesverteidigung wird immer stärker gefordert

Die heeresexternen Stimmen in Österreich nach einer Bundesheerreform werden immer lauter. Während im vergangenen Sommer vor allem sozialistische Kreise gegen die Struktur des Heeres vehemente Kritik erhoben (siehe ASMZ Nr. 12/89 «Streit um das Bundesheer light»), startete die auflagenstärkste Tageszeitung in Österreich (Neue Kronenzeitung) zu Jahresbeginn eine Kampagne: «Weg mit diesem Bundesheer!» lautete die riesige Schlagzeile auf der Titelseite. Näher erläuterte das Massenblatt sein Verlangen: «Unser Bundesheer war noch nie so umstritten wie jetzt. Der sogenannte Munitionsskandal lässt erkennen, dass es ein Sumpf ist, dessen Tiefe man nur ahnen kann. Schon taucht die Forderung auf: Das Bundesheer muss weg! Es wäre aber ein schwerer Fehler, das Bundesheer ganz abzuschaffen. Deshalb sagen wir: Nein, das Bundesheer muss nicht weg, aber dieses Bundesheer muss weg.»

Tatsächlich erschüttert seit Mitte Dezember letzten Jahres ein umstrittener Munitionsankauf das Verteidigungsministerium. Im Jahre 1987 wurden beim Schweizer Konzern Oerlikon-Bührle angeblich auf direkte Weisung Verteidigungsminister Lichals, 50 000 Schuss 2-cm-Flab-Übungsmunition für 35 Millionen öS bestellt. Der Konkurrent, die französische Firma Matra, bot die gleiche Menge Munition für nur 15 Millionen öS an. Ein Divisionär und ein Brigadier hätten damals den Minister gewarnt, es sei im Moment kein Bedarf und die Ausschreibungsbedingungen seien unkorrekt. Dennoch blieb Lichal – angeblich abgesichert durch mehrere Überprüfungsberichte – bei dem Auftrag an Oerlikon.

Im Zusammenhang mit dieser Affäre gibt es nun eine Flut von Gerichtsanzeigen wegen «Übler Nachrede», Amtsmissbrauchs und anderem sowie analoge Disziplinaranzeigen, in die eine stattliche Anzahl hoher und höchster Funktionsträger verwickelt sind.

Es scheint in der Tat einiges dubios im Verteidigungsministerium zu sein. Im übrigen hat

nun die Staatsanwaltschaft aufgrund der Ereignisse begonnen, sämtliche Munitionsankäufe des Heeres der letzten Jahre zu untersuchen.

Diese Vorfälle im Verteidigungsministerium nimmt nun das auflagenstärkste Massenblatt, vor dessen Kampagnen alle Einrichtungen in Österreich Besorgnis haben, zum Anlass, um die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und des 250 000 Mann Milizheeres zu verlangen. Anstelle dessen sollte ein zahlenmässig kleines Berufsheer aufgestellt werden. Die Entscheidung darüber sollte nicht durch die Parteien sondern durch eine Volksabstimmung – zusammen mit der vermutlich im Herbst 1990 durchzuführenden Nationalratswahl – getroffen werden.

Grüne und andere Linksgruppierungen wollen die generelle Abschaffung des Bundesheeres. «Friedensbewegte» aus allen Lagern unterstützen dieses Verlangen. Wehrfreudige Sozialisten wollen «dienstrechtliche» Reformen, eine neue Arbeitszeitregelung bei Berufssoldaten, eine Verbesserung der Ausbildung, eine Kasernenrenovierung und eine Anhebung des Taggeldes für Grundwehriener. Konservative Kreise wollen eine gründliche Beseitigung aller Missstände und eine Stärkung der Landesverteidigung, weil man diese Institution in einer instabil gewordenen aussenpolitischen Umwelt dringend braucht. Sie befürchten aber, «dass mit dem Schlagwort Heeresreform nicht zuletzt eine Änderung der inneren und der geistigen Strukturen des Militärs gemeint ist.» Deshalb warnen sie vor Intriganten und Insurgenten.

In den Führungsstellen des Heeres herrscht zurzeit Schweigen. Es ist mitunter zu vernehmen, dass Teilbereiche wie die Ausbildung des Kadets und der Grundwehriener neu überdacht werden. Aber ein generelles Neuüberdenken, um sich der totalen Herausforderung der zivilen Gesellschaft zu stellen und dabei die eigenen Vorstellungen verständlich und glaubhaft zu machen, das ist derzeit nicht zu bemerken. Ein Versäumnis, das sich bitter rächen könnte. Einzelne warnende Stimmen, die eine Abschaffungsinitiative befürchten, wie

sie in der Schweiz stattfand, aber mit noch viel grösseren Auswirkungen in Österreich ablaufen könnte, sind bisher negiert worden.

Tatsächlich ist aber eine funktionstüchtige Landesverteidigung – und sie ist es nur dann, wenn sie sich auf die breite Masse der Bevölkerung abstützen kann – gerade in der heutigen Zeit ein dringendes Gebot. Das Aufarbeiten von Missständen gebietet die Staatsraison. Sollten nicht generalstabsmässige Grundsatzüberlegungen von Experten des Heeres der Öffentlichkeit plausibel gemacht werden? Von Inkompetenten aufgezwungene Wunschvorstellungen sind ineffizient. Denn die Staatsaufgabe der Landesverteidigung ist zu wertvoll, um sie in einem Wahlkampf auf dem Altar des Populismus zu opfern.

TPM

Landesverteidigung in einer aufregenden Geschichtsepoche

Wir sollten erkennen, dass wir uns an der Schwelle einer aufregenden Geschichtsepoche befinden. Es wäre falsch, sich mit dem Geschehen um uns herum nicht eingehend auseinanderzusetzen. Aber in einer Situation der täglichen Überraschungen und neuen Ankündigungen «kommt es lediglich auf Fakten an». Dies meint der österreichische Generaltruppeninspektor, General Othmar Tauschitz, in seinem Beitrag «Abrüstung aus der Sicht des österreichischen Bundesheeres», den er für die Broschüre «Österreich Rapport – Stellungnahmen zur Sicherheitspolitik 1988/89» verfasste.

Die gegenwärtige Lage in Europa mit den möglichen Veränderungen und die Reaktionen darauf für das österreichische Heer sind der Inhalt dieser Ausführungen.

Obwohl das grosse nuklearstrategische Potential mit all seinen irrationalen Ängsten noch immer auf der Welt, aber auch in Europa vorhanden ist, erscheint die Konfrontationslage im grossen stabilisiert. Alarmieren muss aber, erklärt General Tauschitz, die Androhung Moskaus, «im Falle eines mangelnden Wohlverhaltens der NATO bei den Kurzstreckenraketen, den Vertrag über den Abbau der Mittelstreckenraketen zu annullieren». Man sollte das als Signal werten, meint Tauschitz, dass bei der weiteren Entwicklung nur

konkrete Ergebnisse der Wertmassstab für unser eigenes Verhalten sein können.

Bei den konventionellen Streitkräften geht es um den Abbau des Übergewichts an Waffen, Mannstärken und angriffsspezifischen Systemen des Ostens und damit die Herstellung des Kräftegleichgewichts auf möglichst niedriger Stufe. Dabei ist es wesentlich, die Umgestaltung der Streitkräfte in solche mit defensivem Charakter zu erfahren. Nicht nur auf die Waffensysteme kommt es an, «sondern in erster Linie auf den Anteil jener Kräfte, die aus dem Stand zum Angriff antreten können». Schwierige Verhandlungen zur Erzielung eines für beide Seiten annehmbaren Gleichgewichts stünden bevor. Sechs bis zehn Jahre seien dafür ein realistischer Zeitraum, meint der General.

Welche Folgerungen ergeben sich daraus für Österreich? Der Landesverteidigungsplan mit dem Ziel einer 360 000 Mann starken Armee, um eine Abhaltungswirkung zu erzielen, ist noch immer nicht erfüllt. Tauschitz meint, «dass es unsere politischen Auftraggeber mit dieser Vorgabe... gar nicht so ernst gemeint haben können, sonst hätten sie uns ja die Mittel dafür gegeben». Eine neue Heeresgliederung sei trotz Abrüstungseuphorie auf jeden Fall voreilig. Denn, verglichen mit den anderen europäischen Neutralen, seien die österreichischen Anstrengungen bescheiden genug. Man könne daher gelassen auf das Ergebnis der Abrüstungsverhandlungen und auf die Reaktion der anderen Neutralen warten. Dennoch müsse man über die Zukunft nachdenken, fordert der ranghöchste General des Bundesheeres. Das Milizsystem ist für Österreich richtig und soll noch verstärkt werden. Angesichts sinkender Bedrohung durch Verbände, die aus dem Stand antreten können, und der damit verbundenen reduzierten Gefahr der Überraschung könnte die 15 000 Mann umfassende Bereitschaftstruppe an Bedeutung verlieren. Sie könnte verringert oder «langfristig überhaupt abgeschafft» werden.

Interessenkonflikte wird es auch in Zukunft, auch wenn sich die beiden Machtblöcke auflösen sollten, geben. Neue Konfliktherde werden in Europa entstehen, gegen die man sich schützen können muss. Der permanente Fortbestand

unseres Gesamtstaates wird unser Verteidigungsdispositiv wieder bestimmen müssen. Dennoch bestehe kein Zweifel, dass man «das Raumverteidi-

gungssystem bis auf weiteres grundsätzlich aufrechterhalten werde, aber Anpassungen könnten bald sinnvoll werden erläutert Tauschitz. TPM

Bundesrepublik Deutschland

Erprobung eines neuen Übungskonzeptes anlässlich der Heeresübung 89 «OFFENES VISIER»

Im September letzten Jahres fand im nördlichen Niedersachsen die Heeresübung 1989 statt, wobei sich die entscheidenden Kampfhandlungen auf den Truppenübungsplatz Bergen konzentrierten. Es war dies ein erster Schritt auf das neue Übungskonzept hin, das in den Jahren 1990 bis 1993 erprobt wird. Es hält weiterhin an Übungen im freien Gelände zur Aufrechterhaltung der Einsatzbereitschaft von Grossen Verbänden fest, schränkt diese jedoch nach Kräften, Zeit und Raum deutlich ein. Die Schulung der Führungsstäbe der Korps und Divisionen wird überwiegend auf Rahmenübungen verlagert. Der Schwerpunkt von Gefechtsübungen liegt bei den Brigaden und Bataillonen. Die Übungsanlage und die Durchführung sollen die Bevölkerung so weit als möglich entlasten.

Während der Rahmenübung ging es um die gemeinsame Operationsplanung von Land- und Luftstreitkräften zur Bekämpfung von Folgestaffeln des Angreifers. Bei der Gefechtsübung lag der Schwerpunkt bei der Luftnahunterstützung der terrestrischen Verbände. Neu war die Eingliederung einiger amerikanischer, britischer und belgischer Kompanien in deutsche Bataillone als Ergänzung für die nicht teilnehmenden Einheiten. Sie hat sich bewährt.

Unterstützt wurde die Übung durch das Wehrbereichskdo II des Territorialheeres. Ihm oblag auch die Koordination mit den zivilen Behörden, mit Polizei und Bundesbahn. Bemerkenswert die «Übungsschadenzentrale» und die «Bevölkerungsinformationszentrale» mit Lautsprecherunterstützungskompanie.

Im Vergleich zu früheren Korpsübungen wurden nur zirka 50 Prozent Mittel eingesetzt. Über die Bedeutung des Umweltschutzes, das Verhüten

von Schäden sowie das Verhalten in sensiblen Geländeeräumen während der Märsche war die Truppe in vorbereitendem Unterricht belehrt worden. 50 000 Müllsäcke wurden bis an die kleinste Gruppe verteilt.

Eine Premiere war auch die vorsorgliche Evakuierung von 1100 Kühen, Pferden und Schafen von den Weiden in ihre Ställe, um Panik aufgrund von Manöverlärm zu vermeiden: Unkostenpunkt 15 000 DM.

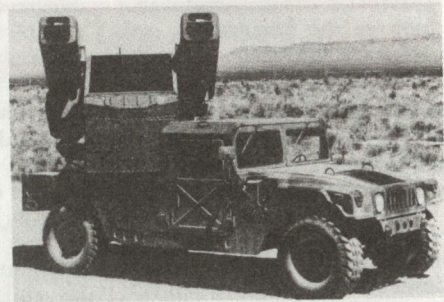
Zu den Ergebnissen: Die Übung zeigte klar, dass für die strategische Defensive, wie sie die NATO durchführen will, eine Umstellung auf strukturelle Nichtangriffsfähigkeit unter Beseitigung angeblicher «Angriffswaffen» (Kampfpanzer, Kampfflugzeuge) nicht in Frage kommt. Die notwendigen Gegenangriffsoperationen sind Teil eines Verteidigungskonzeptes. Anders können weder ein eingedrungener Gegner zurückgeworfen noch wichtige Geländeteile wieder in Besitz genommen werden. Ein Abwehrgefecht mechanisierter Kräfte beinhaltet schnelle Wechsel von Verzögerung, Verteidigung und überraschenden Gegenangriffen. Man muss rechtzeitig massivem gegnerischem Feuer ausweichen können, um neue Schwerpunkte zu bilden. Verlorener Raum muss wiedergewonnen werden.

Entscheidend ist für Generalmajor Birnstiel, der die Übung beobachtete, dass trotz der Kosteneinsparungen, Verkleinerungen der Rahmenbedingungen und Berücksichtigung des Umweltschutzes die Brigade als Übungsverband mit Truppe erhalten bleibt. Geht man darunter, so werden Einbussen an Ausbildungserfahrungen, in der Führungstechnik und im Zusammenspiel der verbundenen Waffen eintreten, was es zu vermeiden gilt. Bt

Verbreitertes Einsatzspektrum für die Flab-Lenkwanne Stinger

Ursprünglich wurde das von der US-Firma General Dynamics entwickelte Waffensystem

Mobiler Flab-Lenkwanne Stinger. Diese Version soll bereits im nächsten Jahr bei den amerikanischen Truppen in Europa eingeführt werden.



Stinger als tragbare Flab-Lenkwanne konzipiert. Unter diesen wird diese Wanne auch von einem europäischen Konsortium für die europäischen NATO-Partner fabriziert. Dabei wird z.B. in der deutschen Bundeswehr nicht etwa die Heeresflugabwehrtruppe zuerst mit Stinger ausgerüstet, sondern die Heeresfliegertruppe. Die Stinger-Lenkwanne sind als Selbstschutz für den sogenannten Begleithelikopter 1 sowie den neuen Panzerhelikopter PAH-2 vorgesehen. Erst in einer zweiten Phase werden die Stinger auch in der schultergestützten Version zum Selbstschutz der Truppen zum Einsatz gelangen.

Die deutsche Marine wird die Flab-Lenkwanne Stinger an Land zum Objektschutz und zum Selbstschutz auf Booten und Schiffen einsetzen. Bei der

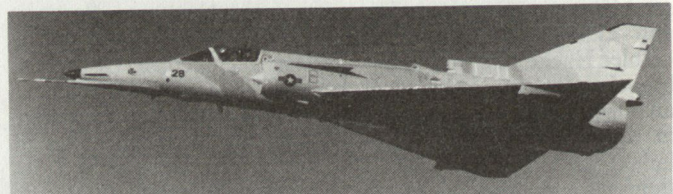
Luftwanne werden die neuen Lenkwanne vorrangig Flugplätze und Raketenstellungen schützen. Aufgrund seiner Systemleistungen lässt sich die Stinger-Lenkwanne an eine Vielzahl von Trägersystemen adaptieren. So wurde in den USA eine adaptierte Version der Stinger bereits als Luft-Luft-Lenkwanne (Bezeichnung ATAS) eingeführt. Daneben ist auch ein leichtes mobiles Fliegerabwehrsystem auf einem leichten Geländefahrzeug in Entwicklung. Dieses aus acht Stinger-Flugkörpern bestehende System ist bei Tag, Nacht und schlechtem Wetter einsetzbar und muss nur durch einen Soldaten bedient werden. Gemäss Angaben im «Jahrbuch der Wehrtechnik» werden zurzeit für das Stinger-System weitere Einsatzmöglichkeiten untersucht. hg

Israel

Modernisierung des Kampfflugzeuges Kfir

Bei der israelischen Firma Israel-Aircraft-Industries werden zurzeit Möglichkeiten zur Modernisierung der Kampfflugzeuge Kfir überprüft. Nebst neuen elektronischen Systemen, die meist vom aufgegebenen Lavi-Projekt stammen, wird auch der Einbau von neuen französischen Triebwerken vorgesehen. Dermassen modifizierte Kfir-Maschinen wären aber nicht nur für den Eigengebrauch, sondern ebenfalls für den Export bestimmt.

Auf Kundenwunsch, aber auch zur Sicherstellung einer grösseren Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten, möchte man diese Kfir-Variante nicht nur mit General Electric J79, sondern auch mit neuen französischen Triebwerken von Snecma anbieten. Diese Version wäre dann hauptsächlich für solche Staaten bestimmt, die nicht unbedingt das Wohlwollen der Vereinigten Staaten geniessen und z.B. mit Waffenembargos, Wirtschaftssanktionen oder auch anderen Druckmitteln rechnen müssen. Mit dieser «israelischen Mirage» sind



Kampfflugzeug vom israelischen Typ Kfir (Nachbau der Mirage), das bei der US-Marineluftwaffe als «Aggressorflugzeug» eingesetzt wird.

aber auch Nachteile punkto Flugleistungen zu verzeichnen. Entwickelt das amerikanische General Electric J79-Triebwerk eine maximale Schubkraft von 8160 Kp, scheint die Atar 9K50-Turbine von Snecma mit Nachbrenner nur 7200 Kp zu leisten. Wie dem auch sei, für den Export ihrer «Kfir» C1- und C2-Modelle scheint die Israel-Aircraft-Industries keinen leichten Stand zu haben. Ein möglicher Kauf der Kfir mit Snecma-Antrieb durch

Chiles Luftwaffe scheiterte am Widerstand der Dassault-Breguet-Aviation-Flugzeugwerke, die hier eine übermässige Konkurrenz zu ihren diversen Mirage-Serien sieht. Vorerst hat jedoch die französische Regierung ihrer Firma Snecma erlaubt, wenigstens fünf der neuen Triebwerke des Typs Atar 9K50 auszuliefern. Noch ist im Moment aber unklar, wie weit die israelischen Pläne sich realisieren lassen. RCB

International

Schutzmassnahmen im C-Bereich

Im Verlaufe des Jahres 1989 ist auf dem Gebiet der C-Waffen-Produktion und -Kontrolle einiges in Bewegung geraten. Es sei hier nur an die Konferenzen in Paris und Canberra und an die amerikanisch-sowjetischen Gespräche für ein Verbot der C-Waffen erinnert.

Ist ein C-Krieg überhaupt noch möglich? Die positive Beantwortung dieser Frage wird je länger je mehr schwieriger. Nicht nur, weil allgemein der C-Waffen-Einsatz durch alle Staaten geächtet wird (sogar durch solche, welche noch kürzlich derartige Kampfmittel eingesetzt haben), sondern auch weil ihr Einsatz nicht mehr wirkungsvoll genug sein kann, angesichts immer effizienterer Abwehrmassnahmen, die allerdings immer wieder eingeübt werden müssen. Die Behinderungen bei der Fortführung des Kampfes nach einem C-Angriff werden immer kleiner. Die Abwehrmassnahmen sind zurzeit fast lückenlos, z.T. aber noch zu zeitraubend und kompliziert. So ist z.B. der Zeitraum zwischen der Entdeckung eines C-Kampfstoffes und dem Ergreifen von Massnahmen noch sehr kurz; ausserdem gilt dies nur für Nervengase. Die Ausrüstung der C-Spürer auf unterster Ebene müsste ebenfalls verbessert werden.

Um diese Nachteile aufzuwiegen werden neue Mittel entwickelt, die ein Aufspüren auf Distanz (bis 3000 m) erlauben, viel präziser sind und auf alle toxischen Substanzen ansprechen. Die Kampfstoffmessungen werden automatisiert; gepanzerte AC-Spürfahrzeuge werden gebaut (ei-

gentliche vorgeschobene Labors), die eine rasche Alarmierung gestatten; bessere Schutz- und Dekontaminierungsmittel werden entwickelt.

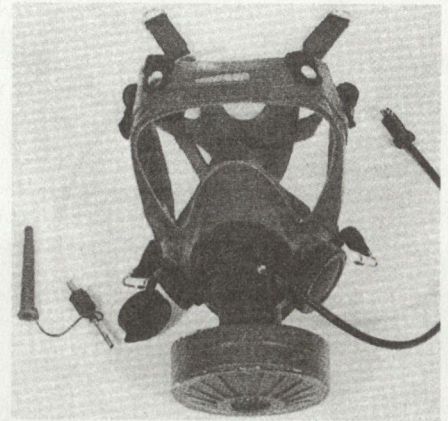
Feststellung von C-Kampfstoffen und Alarmierung: Da moderne C-Kampfstoffe nur sehr schwer auf Distanz durch den Menschen festgestellt werden können, müssen automatische Messgeräte eingeführt werden, die so früh alarmieren, dass die nötigen Schutzmassnahmen noch rechtzeitig befohlen werden können. Die Analyse darf nur Sekunden dauern; ihre Genauigkeit mg/m³ Luft betragen. Dabei müssen biochemische, chemische, immunologische, physiko-chemische oder physikalische Verfahren gewählt werden.

Schutz: Für den Kämpfenden ausserhalb eines Schutzraumes wurden in den letzten Jahren die Schutzmittel stark verbessert. Die Gesichtsmaske hat ein breiteres Gesichtsfeld erhalten, die Stimme wird besser übermittelt, es besteht die Möglichkeit der Nahrungsaufnahme. Verbessert wurde auch die Schutzkleidung: Sie ist halbdurchlässig, fördert den thermischen Austausch, verhindert aber das Eindringen von Giften. Mehrere Schichten Schützen vor Feuer und A-Auswirkungen, vor Aerosolen und toxischen Dämpfen.

Für Verwundete wurde ein «Ganzkörpersack» und eine «Halbkörperhülle» für die Evakuierung unter AC-Bedingungen entworfen, für Piloten (Flugzeuge, Helikopter) eine Schutzbekleidung sowie integrierte Helme, die auch nach Verlassen des Gefährts als C-Schutz getragen werden können.

Für den Kollektivschutz stehen jetzt mehrere Systeme

Die neue Gasmaske für die französische Armee.



zur Verfügung. M-20 (USA) z.B. ist eine Polyäthylen-Struktur von 5 m Durchmesser und 3 m Höhe mit Schleuse. Festere Varianten können eingegraben werden. Gross ist auch das Angebot an Filteranlagen für Fahrzeuge und Unterkünfte.

Dekontamination: Ein Fahrzeug muss, was die funktionalen Teile anbelangt, vor Verlassen eines verseuchten Gebietes entgiftet werden. Dazu dient z.B. das System SDST 155, das auch bei Waffen Verwendung findet. Für Schnellentgiftung stehen besondere Apparate zur Verfügung. Ausserhalb der kontaminierten Zone müssen grössere Systeme eingesetzt werden, wie beispielsweise der Decojet-Anhänger.

Behandlung und Ausbildung: Die Atropin-Spritze wurde weiterentwickelt. Sie enthält jetzt ausserdem Reaktivierungs-Oxim und Valium gegen Krämpfe. In gewissen Armeen werden auch Antibiotika und antitraumatische Substanzen mitabgegeben. Im Bereich der Ausbildung werden C-Angriffs-Simulatoren angeboten.

Mit den oben erwähnten Mitteln können heutzutage die operationellen Mittel der Einheiten praktisch vollumfänglich geschützt werden. Mit der C-Waffe wird man deshalb in Zukunft nicht mehr den Kampfverlauf entscheidend beeinflussen können.

(Défense et Armement Nr.10/89) Bt

WAPA

Diskussionen über Alternativdienst

Auch in der östlichen Militärpresse sind in letzter Zeit vermehrt Beiträge und Diskussionen über Sinn und Zweck eines Alternativdienstes festzustellen. Nachfolgend wird zusammenfassend aus einer sowjetischen Militärzeitschrift die Antwort auf eine entsprechende Leserfrage an einen Major der Sowjetstreitkräfte wiedergegeben: Die Frage des alternativen Dienstes, oder, wie er auch genannt wird, des waffenlosen – oder zivilen – Dienstes, wird heute recht aktiv in den Massenmedien diskutiert. Die Frage ist auch in den Programmen der Volksfronten der **Baltischen Republiken** enthalten. Diejenigen, die in der UdSSR für die Einführung eines solchen Dienstes eintreten, beziehen sich dabei auf ausländische Erfahrungen.

Solche Erfahrungen gibt es tatsächlich. In der BRD zum Beispiel existiert seit 1960 ein Gesetz betreffend Alternativdienst. Es regelt die Rechtsgrundlagen der Dienstverweigerung in den bewaffneten Streitkräften und erläutert die Rechte und Pflichten von Personen, die sich für einen anderen Dienst als bei der Truppe entschieden haben. Heute machen junge Bürger der Bundesrepublik im Einberufungsalter von diesem Recht Gebrauch, indem sie ihre Abneigung, in der Bundeswehr zu dienen, mit religiösen, philosophischen, ethischen und anderen ähnlichen Motiven erklären. Diesen Weg können auch Wehrmänner, die in die Reserve aufgenommen wurden, beschreiten.

Wie verläuft nun der Eintritt in den Alternativdienst? Man muss ein schriftliches Gesuch an die speziell geschaffene Bundesbehörde für Fragen des Zivildienstes richten. Und man

hat bereit zu sein zur Arbeit in Krankenhäusern, Altersheimen, psychiatrischen Kliniken und als Krankenpfleger bei Invaliden, das heisst zu sozialer Arbeit, die in direktem Sinn des Wortes moralisch und physisch schwer ist. Die Dauer beträgt 20 Monate (Dienst in der Bundeswehr: 15 Monate). Dabei befindet sich der Jüngling trotzdem im Dienst – mit allen bekannten Einschränkungen. Ob die Verweigerer dabei Geld erhalten, hängt von den finanziellen Möglichkeiten der Organisation ab, in der sie arbeiten. Wenn keine finanziellen Mittel verfügbar sind, zahlt das Ministerium für Jugend-, Familien-, Frauenfragen und Gesundheitswesen lediglich eine kleine Kompensation für Arbeit und Kleidung aus.

Man darf nicht glauben, dass die Entscheidung – Alternativdienst ja oder nein – ausschliesslich vom Wehrpflichtigen selbst abhängt. Für einen günstigen Ausgang der Angelegenheit muss er überzeugend seine Abneigung, mit der Waffe in der Hand zu dienen, darlegen und begründen. Bei einer negativen Antwort – diese bilden ungefähr 5 Prozent der eingereichten Gesuche – hat der Bewerber das Recht, sich an das Gericht oder an die übergeordnete Kommission für Fragen der Verweigerer zu wenden. Die Antwort entspricht jedoch nicht immer dem Wunsch des Jünglings.

Solche Regelungen existieren auch in einer Reihe von anderen NATO-Staaten. Der Dienst im zivilen Bereich dauert mehrheitlich etwas länger als bei der Truppe. Zum Beispiel in **Dänemark** beträgt die normale Militärdienstzeit 9 Monate. Die Verweigerer haben 11 Monate zu leisten. In **Frankreich** sind die entsprechenden Fristen 12 und 24 Monate. Keinen Alternativdienst gibt es in den Ländern **USA**, **Kanada**, **Grossbritannien** und **Luxemburg**, allerdings handelt es sich hier um Länder mit Berufsarmeen. In der **Türkei** ist ein Alternativdienst aus prinzipiellen Gründen nicht vorgesehen.

Seit einiger Zeit existiert der Wunsch nach einem Alternativdienst auch in den sozialistischen Ländern. Jedes von ihnen löst es in Übereinstimmung mit seinen Verteidigungsbedürfnissen und -möglichkeiten und trägt auch der öffentlichen Meinung sowie politischen und rechtlichen Aspekten Rechnung. Der erste

sozialistische Staat, der anstelle des Militärdienstes eine Arbeit im zivilen Bereich eingeführt hat, ist **Polen**. Das Recht auf einen Ersatzdienst wird nur jungen Leuten gewährt, die aus religiösen Beweggründen persönliche Schwierigkeiten mit der Einberufung haben. Die Dauer ihrer Arbeit beträgt drei Jahre (für Absolventen höherer Schulen zwei Jahre). Die entsprechende Begründung und das beweiskräftige Gesuch werden vor Erhalt des Marschbefehls der Militär-Einberufungskommission eingereicht. Die Mitglieder dieser Kommission treffen den Entscheid durch Abstimmung. Die Vertreter der Armee haben kein Recht, sich in irgendeinem Stadium in diesen Prozess einzumischen. Der Alternativdienst wird in Organisationen des Gesundheitswesens, der Melioration usw. geleistet. Dabei darf sich der Arbeitsort nicht nahe beim Wohnort befinden. Für Verwandtenbesuch erhalten die Verweigerer im ersten Arbeitsjahr eine Woche Urlaub, im zweiten 10 Tage und im dritten Jahr 2 Wochen.

In der **DDR** ist trotz Diskussionen noch keine Alternative zum aktiven Militärdienst vorgesehen. Es besteht jedoch die Möglichkeit, 18 Monate ohne Waffe Dienst in speziellen Baueinheiten zu leisten. Dieses Recht erhalten junge Leute im Einberufungsalter ausschliesslich aus religiösen Beweggründen. Im Unterschied zu den Wehrpflichtigen werden sie ohne feierlichen Akt ihren Einheiten zugewiesen. Dort erhalten sie eine dunkelgraue Uniform, auf deren Achselpatten eine Schaufel dargestellt ist. Anstelle des Fahnenweides leisten sie ein Gelöbnis. Ihre Tätigkeiten sind in einem Reglement festgehalten. In der Regel arbeiten sie im Strassenbau, in Kasernenräumen oder in Offizierswohnhäusern. Auch werden sie zur Behebung von Schäden eingesetzt, welche von Truppenübungen stammen, sowie für andere Arbeiten.

Abschliessend wird noch erwähnt, dass der Alternativdienst in der öffentlichen Meinung der vorher genannten Länder nicht als die beste Wahl angesehen wird. Es wird vermerkt, dass es sich beim Alternativdienst überall um schwere und teilweise sogar erniedrigende Arbeit handelt.

rm

Änderungen bei der Ungarischen Volksarmee (UVA)

Ungarns Armee soll in den kommenden Jahren zahlenmässig weiter schrumpfen. Zurzeit besteht die Armee, die offiziell noch immer nach sowjetischem Muster «Volksarmee» genannt wird, aus 106 000 Mann. Sie soll bis Ende 1991 auf 71 000 Mann reduziert werden. Eine Reorganisation der Grenztruppen ist geplant. Vorläufig unterstehen diese Truppen noch dem Innenministerium. Bis 1995 will man jedoch die Grenztruppen in ihrer heutigen Form auflösen. Berufs-Grenzwächter sollen Ungarns Grenzen in Zukunft sichern und kontrollieren.

Ende 1989 wurde eine Anzahl hoher Offiziere in den Ruhestand geschickt, darunter nicht weniger als 17 Generäle. Laut Anordnung der Regierung sind inzwischen auch die KP-Grundorganisationen in der Volksarmee aufgelöst worden. 186 Parteifunktionäre, die ihr Gehalt aus dem Militärbudget erhalten hatten, wurden entlassen. Das ungarische Verteidigungsministerium selbst wird in Kürze auch reorganisiert. Sein bisheriges Tätigkeitsfeld wurde aufgeteilt. Das Ministerium mit einem Arbeitsstab von ca. 150 Personen wird in erster Linie die mit der Landesverteidigung zusammenhängende Führungs- und Verwaltungsarbeit ausführen. Ein neu geschaffenes Oberkommando – mit einem General als Oberkommandierendem der Volksarmee – soll die militärischen Führungsaufgaben übernehmen.

Zurzeit sind Untersuchungen im Gange, um Korruptions-Affären der alten militärischen Führer, die unter Janos Kádár jahrzehntelang uneingeschränkt die Volksarmee beherrschten, aufzudecken. Über ihre Machenschaften ist unlängst in Budapest aus der Feder eines Obersten ein aufschlussreiches Buch unter dem Titel «Kleinkönige in Uniform» publiziert worden. Obwohl die jetzige Armeeführung alles daran setzt, die Affären herunterzuspielen, kommt die ganze Angelegenheit vor eine parlamentarische Untersuchungskommission. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der gegenwärtige Verteidigungsminister General Kárpáti früher jahrelang oberster «Politischer Kommissar der Volksarmee» war.

Die Tage des jetzigen Verteidigungsministers sind ohnehin gezählt. Vermutlich wird bereits in diesem Frühjahr ein Nachfolger, wahrscheinlich als Zivilpolitiker, für diese Position gewählt.

Bereits im letzten Dezember mussten ungarische Offiziere erstmals den Eid auf die Ungarische Republik ablegen. Offiziere, die dies aus politischen Gründen – weil sie als überzeugte «Bolschewiken» nur einer Volksrepublik dienen wollen – verweigern, werden nun aus den Streitkräften ausgeschlossen. Nach bisher vorliegenden Informationen sollen allerdings etwa 95% der Offiziere aus Überzeugung den neuen Eid geleistet haben.

Im weiteren ist bereits in den nächsten Monaten zu erwarten, dass die aus der kommunistischen Zeit stammende Bezeichnung «Volksarmee» abgeändert wird. Danach dürften Ungarns Streitkräfte ihren ehrenwerten früheren nationalen Namen zurückerhalten, nämlich «Honvéd» (Landwehr).

P.G.

Über den Abzug der Sowjettruppen aus der CSSR

Die Prager Regierung hat die Sowjetunion aufgefordert, ihre in der Tschechoslowakei stationierten Truppen bis Ende 1990 restlos aus dem Lande abziehen. Für nichtig von allem Anfang an hält die Prager Regierung den Vertrag mit Moskau vom Herbst 1968 über die sogenannte «zeitweilige Stationierung sowjetischer Einheiten in der CSSR». Dieser Vertrag – so wird heute diesbezüglich in Prag kommentiert – sei unter Anwendung von Gewalt und im Widerspruch zu internationalen Regeln und Gepflogenheiten entstanden. Die Tschechoslowakei gehörte 1945 zu den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges. Die fremden Truppen hatten 1945/46 das Land verlassen. Erst im August 1968 trafen Truppen der Roten Armee – als Besatzungsmacht – mit anderen «Bruderarmeen» in der Tschechoslowakei ein, um mit Gewalt den «Prager Frühling» niederzuschlagen. Nachdem es ihnen gelungen war, liess Breschnew, der damalige KP-Chef Moskaus, die Sowjettruppen – «provisorisch», wie stets betont wurde – weiterhin in der CSSR stationiert. Sie bilden heute die «Zentrale Gruppe sowjetischer Truppen» (ZGT).

P.G. ■